

Jedes zweite Unternehmen wird angezapft

Industriespionage. Durch Datenklau und allzu plauderfreudige Mitarbeiter entstehen den deutschen Unternehmen jedes Jahr Schäden von mindestens 12 Milliarden Euro. Um sie vor Cyberattacken besser zu schützen, will das Bundesinnenministerium nun ein IT-Sicherheitsgesetz verabschieden.

Wenn E-Mails den klassischen Geschäftsbrief ersetzen, Firmendaten nur noch elektronisch gespeichert werden und sogar Maschinen über das Internet gewartet werden können, dann nennt man das die Digitalisierung der Wirtschaft.

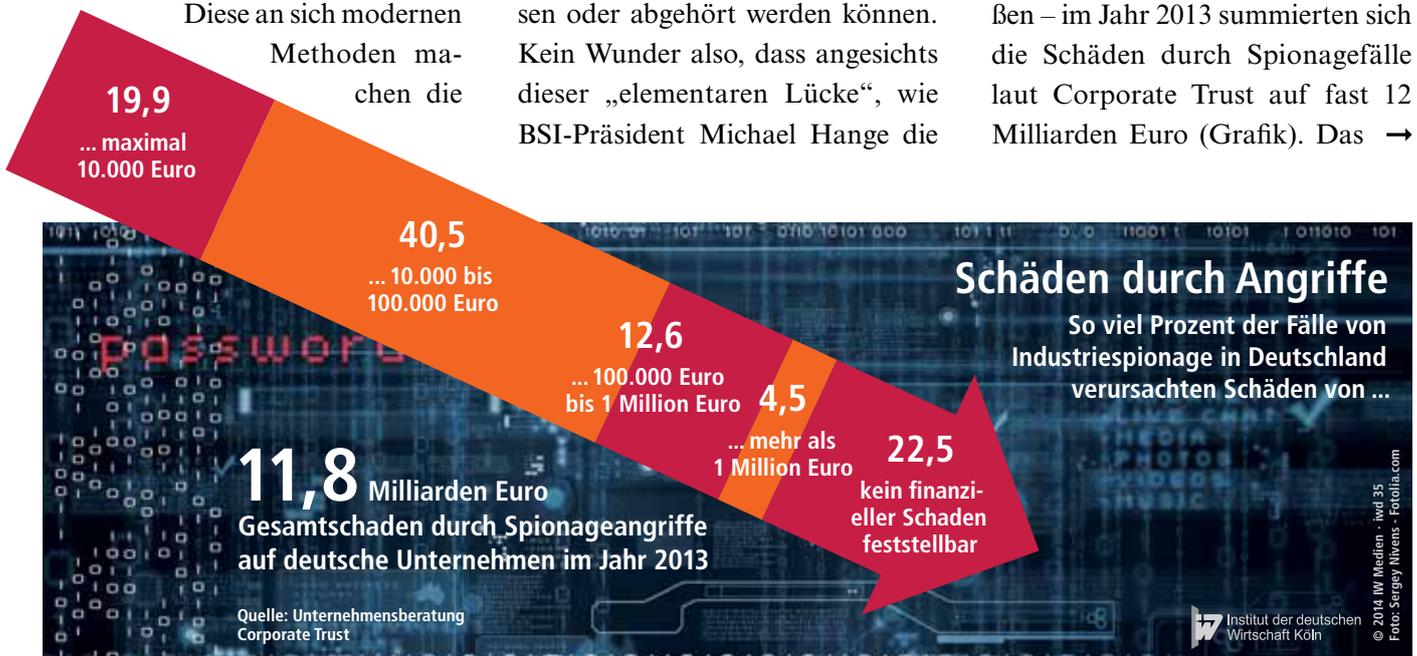
Diese an sich modernen Methoden machen die

Firmen allerdings auch angreifbar: Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geht davon aus, dass 95 Prozent der E-Mails und ein Großteil der mobilen Kommunikation nicht verschlüsselt sind – also vergleichsweise leicht mitgelesen oder abgehört werden können. Kein Wunder also, dass angesichts dieser „elementaren Lücke“, wie BSI-Präsident Michael Hange die

digitale Datensorglosigkeit betitelt, kräftig spioniert wird:

Mehr als jedes zweite Unternehmen in Deutschland wurde in den vergangenen beiden Jahren angezapft: Knapp 27 Prozent der Betriebe beklagten einen konkreten Spionagefall, rund 27 Prozent registrierten einen Verdachtsfall.

Rund drei Viertel der attackierten Unternehmen erlitten aufgrund des Informationslecks finanzielle Einbußen – im Jahr 2013 summierten sich die Schäden durch Spionagefälle laut Corporate Trust auf fast 12 Milliarden Euro (Grafik). Das →



Inhalt

Sachsen. Dem Freistaat geht es 25 Jahre nach der Wende wirtschaftlich gut, auch wenn es noch eine Wohlstandslücke zum Westen gibt.
Seite 3

Regionale Armut. Das IW Köln hat bei der Berechnung der Armutsquoten zum ersten Mal die regionalen Preisniveaus berücksichtigt.
Seite 4-5

Grunderwerbssteuer. Die Bundesländer haben im Jahr 2013 insgesamt 8,4 Milliarden Euro an Grunderwerbssteuer eingenommen.
Seite 6

Vermögen. Das deutsche Nettoauslandsvermögen ist in den vergangenen 15 Jahren stark gestiegen: auf fast 1.400 Milliarden Euro.
Seite 7

Lohnpolitik. Warum ermuntert die Bundesbank die Gewerkschaften trotz gestiegener Lohnstückkosten, höhere Löhne zu fordern?
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Bundesinnenministerium geht sogar von einem noch weit höheren Finanz-Fiasko aus: Demnach beträgt der jährliche Schaden, den Unternehmen in Deutschland durch Industriespionage und Hackerattacken erleiden, 50 Milliarden Euro.

Besonders betroffen ist der Mittelstand. Schätzungsweise jeder zweite Betrieb wurde in den vergangenen Jahren ein Opfer von Wirtschaftskriminellen. Die verursachten Schäden werden auf jährlich mehr als 20 Milliarden Euro geschätzt. Oft kommt es bei Industriespionage nicht nur zu einem Datenklau, der das laufende Geschäft oder die Entwicklung eines neuen Produkts beeinträchtigt, sondern auch zu materiellen Schäden, weil zum Beispiel IT- und Kommunikationsgeräte in Mitleidenschaft gezogen werden.

In der Regel sind es Computerspezialisten, die den Betrieben zusetzen (Grafik):

Etwa die Hälfte der Firmen machte Erfahrungen mit Hackern, die in EDV-Systeme, Server, Laptops, Smartphones und Tablets der Unternehmen eindringen.

Jenseits des Abfischens von Daten gibt es allerdings auch noch ganz klassische Methoden, um an Firmeninformationen zu kommen. Schon auf Platz drei der häufigsten Spionagemethoden steht das Ausfragen von Mitarbeitern, denen beispielsweise auf einer Messe oder gar im privaten Umfeld so manche Betriebsinterna entlockt werden. Stattliche 38 Prozent der befragten Unternehmen

in Deutschland mussten feststellen, dass diese Form der Industriespionage in den vergangenen beiden Jahren bei ihnen vorgekommen ist.

Insbesondere bei Cyberattacken ist es nicht leicht, den Angriff zurückzuverfolgen – zumal weltweit spioniert wird. Fest steht jedoch, dass ein Großteil der Spähversuche auf deutsche Unternehmen in Asien (knapp 39 Prozent) oder Nordamerika (knapp 22 Prozent) ihren Ur-

sprung haben. Bekannt ist beispielsweise der Fall der Bonner Solarworld AG, deren amerikanische Tochterfirma von mutmaßlichen Hackern im Dienst der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausspioniert worden sein soll. Deshalb und wegen ähnlicher Fälle haben die Vereinigten Staaten nun – erstmals in der Geschichte – eine Klage eingereicht, in der sie strafrechtlich gegen eine Cyberattacke durch einen anderen Staat vorgehen.

Tatsächlich ist Wirtschaftsspionage im Dienst der nationalen Sache gar nicht so selten:

Die Unternehmensberatung Corporate Trust geht davon aus, dass etwa 6 Prozent der Angriffe auf deutsche Unternehmen von staatlichen Geheimdiensten durchgeführt werden.

Um den Schutz der Unternehmen zu verbessern, hat das Bundesinnenministerium vergangene Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Betrieben Mindeststandards für ihre IT-Sicherheit vorschreiben will. Zusätzlich sollen große Unternehmen, Versorgungsbetriebe und Banken künftig dazu verpflichtet werden, Angriffe und Spionageversuche dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu melden. Bislang schlagen nämlich nur sehr wenige betroffene Unternehmen Alarm: Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, dass sich derzeit nur jeder vierte ausspionierte Betrieb in Deutschland an die Behörden wendet.

Industriespionage in Deutschland

Angaben in Prozent für den Zeitraum April 2012 bis April 2014

Wer ist betroffen?

Automobil-, Luftfahrzeug-, Schiffs- und Maschinenbau	22,5
Chemie-, Pharma- und Biotechnologie-Firmen	17,1
Elektro-Branche	12,6
Eisen und Stahl / Metallverarbeitung / Grundstoffe	8,1
Logistik / Verkehr	7,2
Banken / Finanzdienstleistungen / Versicherungen	6,3
Sonstige	26,2

Wo sitzen die Angreifer?

Mehrfachnennungen

Asien	38,8
GUS-Staaten	32,6
Osteuropa	31,7
Deutschland	29,5
Nordamerika	21,9
Westeuropa (ausgenommen Deutschland)	8,0
Unbekannt	21,4

Wie wird spioniert?

Mehrfachnennungen

Hackerangriffe auf EDV-Systeme und Geräte	49,6
Abfangen elektronischer Kommunikation	41,1
Ausfragen von Mitarbeitern	38,4
Datendiebstahl durch Mitarbeiter	33,0
Diebstahl von Daten durch Dritte	21,9
Diebstahl von IT- oder Telekommunikationsgeräten	17,4
Diebstahl von Dokumenten etc.	15,2
Abhören von Besprechungen oder Telefonaten	7,1
Sonstige	2,2

Befragung von 6.767 Unternehmen in Deutschland aus allen Wirtschaftsbereichen im April 2014
Quelle: Unternehmensberatung Corporate Trust

Erfolgreich dank bewährter Rezepte

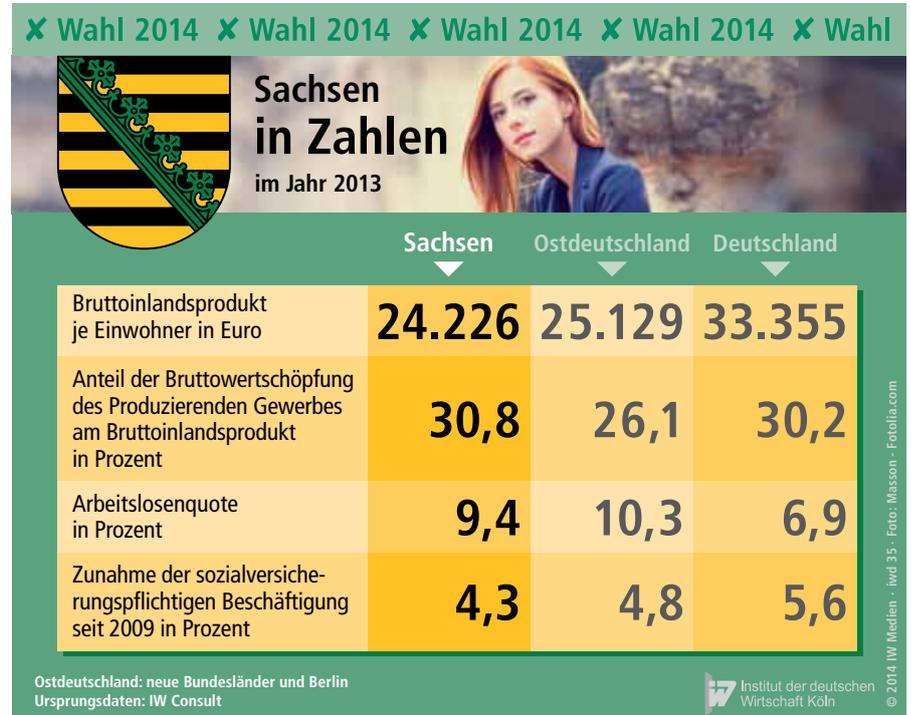
Sachsen. Am kommenden Sonntag entscheiden rund 3,5 Millionen Wahlberechtigte über die Zusammensetzung der neuen Regierung im Dresdner Landtag. Wirtschaftlich geht es dem Freistaat Sachsen 25 Jahre nach der Wende gut, auch wenn es nach wie vor eine Wohlstandslücke zu den westdeutschen Bundesländern gibt.

Schon vor 20 Jahren galt Sachsen als vorbildlich, denn es war dem Bundesland schnell gelungen, die Transformation von der Zentralverwaltung in die Soziale Marktwirtschaft zu bewerkstelligen.

Die hohen Wachstumsraten der sächsischen Wirtschaft seit Mitte der 1990er Jahre sind auf umfangreiche öffentliche und private Investitionen zurückzuführen. Bereits kurz nach der Wiedervereinigung setzte die Landesregierung wichtige Wachstumsanker: Dazu zählen der Erhalt des Automobilstandorts Zwickau, der heute 7.150 Beschäftigte zählt, sowie der Ausbau des Mikroelektronikstandorts Dresden mit derzeit 1.500 Unternehmen und annähernd 50.000 Mitarbeitern.

Doch auch in Sachsen haben sich nicht alle Investitionen ausgezahlt: So wurden vermeintliche Zukunftsbranchen wie die Solar- oder Chipindustrie viele Jahre lang hoch subventioniert. Ein Großteil dieser Unternehmen ist in den vergangenen Jahren von heftigen Marktumwälzungen erschüttert worden, einige Solarpanelhersteller mussten daraufhin ihre Geschäftsmodelle anpassen oder sogar ganz aufgeben.

Die heutigen Wachstumstreiber der sächsischen Wirtschaft stammen



zu einem guten Teil aus Industriezweigen, die schon vor der deutschen Teilung erfolgreich agierten: Die vier – 1932 zur Auto Union AG fusionierten – Kfz-Hersteller Audi, DKW, Horch und Wanderer waren alle in Sachsen beheimatet. Damit ist Audi – zumindest was den Produktionsstandort angeht – einer der Vorgänger des Trabant; der VW Golf sowie der Passat sind seine Nachfolger.

Das Erfolgsrezept von damals funktioniert auch heute: Die Volkswagen Sachsen GmbH ist mit annähernd 10.000 Beschäftigten an drei Standorten der größte industrielle Arbeitgeber Mitteldeutschlands. In den vergangenen Jahren haben sich mit Porsche und BMW zudem zwei Premiumhersteller in Leipzig niedergelassen und ihre Werke bereits mehrfach erweitert.

Als Gründe für ihre Ansiedlung nennen die Unternehmen die hervorragende Verkehrsinfrastruktur, das

gute Fachkräfteangebot und die Attraktivität Leipzigs.

Diese Momentaufnahme der Messestadt ist ein Spiegelbild Sachsens: Das Bundesland hat sowohl absolut als auch relativ – also gemessen an der Einwohnerzahl – bundesweit die wenigsten Schulden. Punkten kann Sachsen, nicht zuletzt aufgrund der Autohersteller und ihrer Zulieferer, zudem mit einer hohen Industriequote (Grafik):

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung liegt bei 31 Prozent und damit um 5 Prozentpunkte höher als im Schnitt aller ostdeutschen Länder.

Dennoch gelingt es Sachsen bis heute nicht, zu den westdeutschen Bundesländern aufzuschließen. Das sächsische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreicht nur 73 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts, auch die Arbeitslosenquote (9,4 Prozent) ist immer noch recht hoch.

Die Kraft der Einkommen

Regionale Armut. Geht es nur nach den Einkommen, zeigen Deutschlands Armutsquoten ein starkes West-Ost-Gefälle. Berücksichtigt man aber, dass die Preise regional variieren, kommen ganz andere Muster zustande.

Dass man mit 870 Euro in Rumänien oder Bulgarien wesentlich weiter kommt als in Deutschland, ist wohl klar. Denn mit 870 Euro im Monat – das ist der aktuelle bundesweite Schwellenwert für Einkommensarmut – gilt man in den beiden ärmsten EU-Ländern zum einen nicht als arm und zum anderen kosten die Dinge des täglichen Lebens dort wesentlich weniger als hierzulande. Weniger bekannt ist, dass es auch innerhalb Deutschlands relativ große Preisspannen gibt:

In den Großstädten sind die Preise um mehr als 6 Prozent höher als in ländlichen Gebieten und in Ostdeutschland um 7 Prozent niedriger als in Westdeutschland.

Bei der Diskussion um die Einkommensarmut spielt die unterschiedliche Kaufkraft bisher keine Rolle. Egal, wo man wohnt: Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens hat (Kasten Seite 5). Das IW Köln hat nun erstmals die regionalen Preisniveaus berücksichtigt und damit die üblichen Armutsquoten um die Kaufkraftarmutsquoten ergänzt.

• **Die Einkommensarmutsquoten** teilen Deutschland nach wie vor in zwei Hälften: In den meisten westdeutschen Regionen stehen die Ampeln auf Grün (Grafik), die Quoten erreichen selten Werte von mehr als 16 Prozent. Der Osten dagegen ist überwiegend orange bis rot, die Armutsquoten liegen in den meisten Regionen um die 20 Prozent oder höher.

• **Die Kaufkraftarmutsquoten** zeigen dagegen, dass Ost und West unter Berücksichtigung der Preisunterschiede gar nicht so weit auseinanderliegen (Grafik Seite 5):

In Thüringen etwa haben die Regionen im Durchschnitt Einkommensarmutsquoten von 17 Prozent – nach der Preisbereinigung glänzt das Land mit der drittniedrigsten Quote (knapp 14 Prozent) aller 16 Bundesländer.

Im Gegensatz zur üblichen Armutsquote zeigt die preisbereinigte Quote ein starkes Gefälle zwischen Land und Stadt. Demnach sind in ländlichen Regionen durchschnittlich nur 14 Prozent der Bevölkerung kaufkraftarm, in Städten dagegen 22 Prozent. Köln hält mit mehr als 26 Prozent die rote Laterne vor Dortmund und dem Westteil Berlins. Selbst wirtschaftsstarke Städte sind betroffen – Frankfurt/Main und Düsseldorf zum Beispiel haben rund 23 Prozent kaufkraftarme Einwohner. Hinzu kommt:

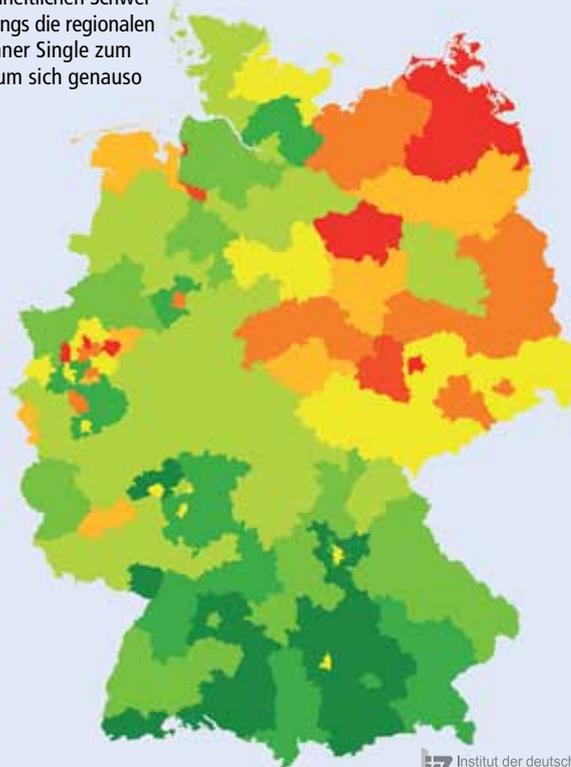
Regionale Armut nach Einkommen

Nach den Daten des Statistischen Bundesamts gilt ein Alleinstehender derzeit als relativ einkommensarm, wenn er weniger als 870 Euro im Monat zur Verfügung hat. Dies ist der bundesdeutsche Durchschnittswert. Für ein Paar mit zwei kleinen Kindern liegt der Schwellenwert bei 1.830 Euro, für Paare ohne Kinder bei 1.300 Euro und für Alleinstehende mit einem Kind bei 1.130 Euro. Die bundesweit einheitlichen Schwellenwerte unterschlagen allerdings die regionalen Preisunterschiede. Ein Münchner Single zum Beispiel braucht 1.030 Euro, um sich genauso

viel leisten zu können wie ein Durchschnittsdeutscher an der Einkommensarmutsschwelle von 870 Euro. Einem Alleinstehenden aus Stendal dagegen reichen dafür schon 800 Euro. Mit anderen Worten: Ein Stendaler mit 850 Euro wird als Einkommensarmer gezählt, obwohl er sich mehr leisten kann als ein Münchner mit 1.000 Euro, der wiederum nicht als einkommensarm gilt.

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen Regionen erreichen maximal 60 Prozent des mittleren Einkommens

- ≥ 0,0 – < 10,0
- ≥ 10,0 – < 12,0
- ≥ 12,0 – < 14,0
- ≥ 14,0 – < 16,0
- ≥ 16,0 – < 18,0
- ≥ 18,0 – < 20,0
- ≥ 20,0 – < 22,0
- ≥ 22,0 – < 24,0
- ≥ 24,0 – < 30,0



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Von 2006 bis 2012 sind die an der Kaufkraft gemessenen Armutsquoten in den Städten um 2,5 Prozentpunkte gestiegen – in den ländlichen Regionen sind sie nahezu stabil geblieben.

Was alle Regionen eint, ist der Kreis der Betroffenen: Kaufkraftarm sind deutschlandweit knapp die Hälfte der Personen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Arbeitslosen leben, knapp ein Drittel der Alleinerziehenden sowie jeweils rund ein Viertel der Alleinstehenden und der Personen mit Migrationshintergrund. Dieses Schema erklärt auch den Großteil des Land-Stadt-Gefälles. Denn die Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko machen in den Städten fast zwei Drittel der

Bevölkerung aus, auf dem Land aber weniger als die Hälfte.

Der Maßnahmenkatalog, mit dem sich Armutsrisiken und regionale Unterschiede reduzieren ließen, schreibt sich somit von allein: Es gilt, die Arbeitslosigkeit zu verringern, eine gute Kinderbetreuung zu organisieren sowie Nachschulungen und gezielte Sprachförderung für Migranten anzubieten.

Tatsächlich aber versucht es die Politik mit einer staatlich verordneten Lohnerhöhung – und schüttet das Kind mit dem Bade aus. Denn der bundesweite Mindestlohn von 8,50 Euro betrifft im Osten mit rund 22 Prozent fast doppelt so viele Beschäftigte wie im Westen. Damit ist

Daten und Definitionen

Als einkommensarm oder armutsgefährdet gilt in Deutschland derzeit, wer weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens zur Verfügung hat – das ist jenes Einkommen, das von der einen Hälfte der Bevölkerung über- und von der anderen unterschritten wird. Die Abgrenzung für die in der IW-Berechnung verglichenen Regionen stammt von den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Regionen bestehen überwiegend aus mehreren Kreisen und umfassen meist rund eine halbe Million Einwohner, teilweise sind es auch einzelne Großstädte. Die verwendeten Preisdaten stammen vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

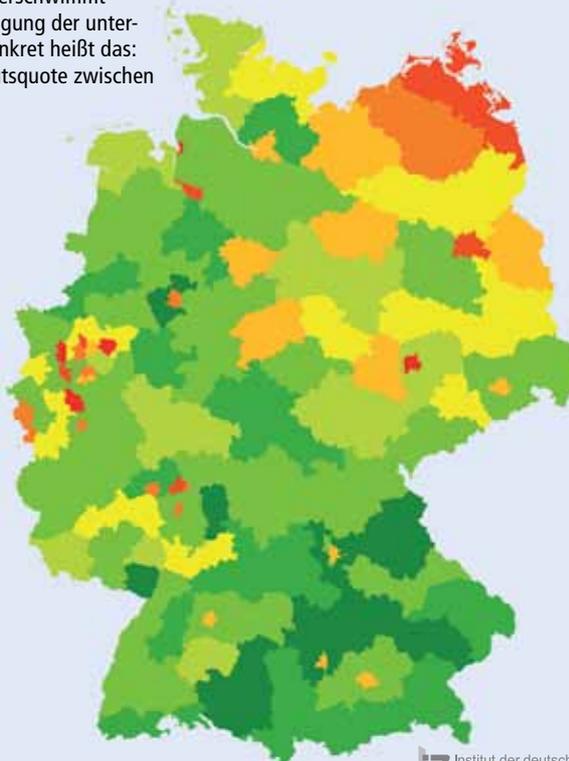
Regionale Armut nach Kaufkraft

Berücksichtigt man bei der Armutsschwelle die unterschiedlichen Preise, passt also den Schwellenwert an das Preisniveau in den einzelnen Regionen an, dann verändert sich die Armutsverteilung in Deutschland gravierend. Gibt es bei der relativen Einkommensarmut noch eine klare Grenze zwischen Westdeutschland und den neuen Ländern mit ihren auffallend hohen Einkommensarmutsquoten, verschwimmt diese Grenze bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus. Konkret heißt das: Die Unterschiede in der Armutsquote zwischen

Ost und West halbieren sich von 6 auf 3 Prozentpunkte. Besonders hohe Quoten von mehr als 20 Prozent gibt es in Ostdeutschland – neben Berlin und Leipzig – nur noch in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür zählen aus der Kaufkraft-Perspektive mehr westdeutsche Regionen zu den Verlierern. Das liegt an der oft schwachen Kaufkraft in den Städten.

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen Regionen erreichen maximal 60 Prozent der mittleren Kaufkraft

- ≥ 0,0 – < 10,0
- ≥ 10,0 – < 12,0
- ≥ 12,0 – < 14,0
- ≥ 14,0 – < 16,0
- ≥ 16,0 – < 18,0
- ≥ 18,0 – < 20,0
- ≥ 20,0 – < 22,0
- ≥ 22,0 – < 24,0
- ≥ 24,0 – < 30,0



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 35

die Gefahr groß, dass der Einheits-Mindestlohn gerade im Osten Arbeitsplätze kostet. Dann würde sich die Ost-West-Spaltung in Sachen Armut wieder vertiefen. Unter dem Aspekt der Kaufkraft hätte in Ostdeutschland auch ein Mindestlohn von 7,90 Euro ausgereicht.

Das Betreuungsgeld setzt ebenfalls Fehlanreize, denn es mindert die Bereitschaft bildungsferner Mütter und Väter, ihre Kinder in eine qualifizierte Betreuung zu geben.

Die Regionalpolitik sollte nach dem Ende des Solidarpakts 2019 neue Schwerpunkte setzen. Wurden bislang vor allem die oft ländlichen Regionen in Ostdeutschland gefördert, rücken künftig eher Großstädte in den Fokus, in denen sich Strukturprobleme wie schrumpfende Altindustrien, bildungsferne Gruppen und hohe Migrantenanteile ballen.

Relative Einkommensarmutsquoten, Kaufkraftarmutsquoten und die mittlere Kaufkraft für alle Regionen finden Sie unter: iwkoeln.de/armut_regional

Wer Eigentum will, muss blechen

Grunderwerbssteuer. Die derzeit niedrigen Zinsen kommen all jenen zugute, die sich ihren Traum vom Eigenheim erfüllen wollen. Doch die Nebenkosten beim Hauskauf steigen seit ein paar Jahren massiv an. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die meisten Bundesländer die Grunderwerbssteuer kräftig erhöht haben.

Wer sich ein Haus zulegt, muss neben dem Kaufpreis für die Immobilie und für das dazugehörige Grundstück noch einiges mehr hinblättern: Notarkosten und die Eintragung ins Grundbuch schlagen mit 1,5 Prozent des Kaufpreises zu Buche. Wurde ein Makler eingeschaltet, kommen – je nach Bundesland – weitere 3 bis 6 Prozent zusätzlich zum Kaufpreis hinzu.

Und schließlich fällt auch noch die Grunderwerbssteuer an – sie richtet sich nach dem Kaufpreis für das Grundstück und das Haus. Seit die Bundesländer im September 2006 die Hoheit über diese Einnahmequelle bekommen haben, wurde fast überall kräftig an der Steuer-schraube gedreht (Grafik):

Die meisten Bundesländer kassieren inzwischen mindestens 5 Prozent Grunderwerbssteuer – an der Spitze steht Schleswig-Holstein mit einem Satz von 6,5 Prozent.

Bei einem Kaufpreis für ein Einfamilienhaus samt Grundstück von 250.000 Euro sind also zum Beispiel in Kiel oder Flensburg 16.250 Euro an Grunderwerbssteuer zu zahlen – im Jahr 2006 waren bei gleichem Kaufpreis und dem damaligen einheitlichen Steuersatz von 3,5 Prozent nur 8.750 Euro fällig.

Im vergangenen Jahr haben die Bundesländer 8,4 Milliarden Euro an Grunderwerbssteuer eingenommen – 2006 belief sich das Gesamtaufkommen nur auf 6,1 Milliarden Euro.

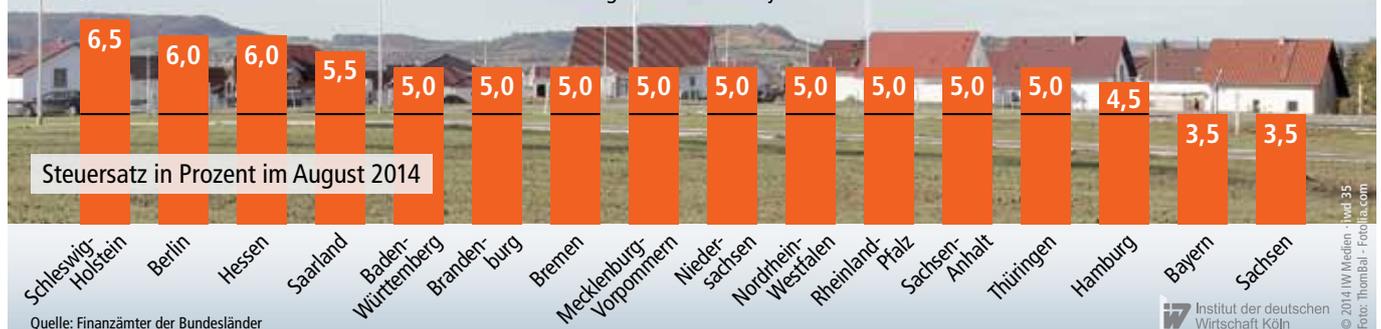
Die Bundesländer rechtfertigen die Steuererhöhungen zum einen mit ihrer angespannten Finanzlage und den Vorgaben der Schuldenbremse (vgl. iwd 9/2014). Zum anderen verweisen sie darauf, dass bis zum Jahr 1983 sogar ein Grunderwerbssteuersatz von 7 Prozent galt – unterschlagen dabei aber, dass selbst genutztes Wohneigentum damals von der Grunderwerbssteuer befreit war.

Auch das Argument, die Grunderwerbssteuer sei deutlich niedriger als die Mehrwertsteuer, zieht nicht. Die Mehrwertsteuer belastet den Konsum, während Immobilien als Investitionen zu bewerten sind. Da für Bauleistungen Mehrwertsteuer entrichtet wird, zahlt ein Haus- oder Wohnungskäufer nicht nur Grunderwerbssteuer, sondern indirekt über den Kaufpreis auch Mehrwertsteuer, weil diese in den Immobilienpreis eingepreist wird – eine teure und unfaire Doppelbesteuerung.

In jedem Fall ist die vielerorts steigende Grunderwerbssteuer für viele Kaufwillige eine große finanzielle Hürde. Derzeit profitieren Bauherren und Hauskäufer zwar noch vom niedrigen Zinsniveau – bei rund 2,5 Prozent Zinsen auf zehnjährige Immobiliendarlehen lässt sich der eine oder andere Euro für die Steuerzahlung beiseitelegen. Doch wenn die Zinsen wieder steigen und die Länder weiter an der Grunderwerbssteuerschraube drehen, werden sich viele Bürger den – vom Staat eigentlich gewollten – Erwerb von Wohneigentum nicht mehr leisten können.

Grunderwerbssteuer: Die meisten Bundesländer langen zu

Die Grunderwerbssteuer ist beim Erwerb eines Grundstücks auf den Kaufpreis fällig. Bei bebauten Grundstücken ist der Gesamtpreis für das Grundstück plus Immobilie maßgeblich. Bis zum Jahr 2006 galt deutschlandweit ein einheitlicher Grunderwerbssteuersatz von 3,5 Prozent. Seither dürfen die Bundesländer diesen Satz selbst festlegen. Viele haben in den vergangenen Jahren mehrfach an der Steuerschraube gedreht. Nur in Bayern und Sachsen wurde die Grunderwerbssteuer nicht erhöht.



Gute Erträge im Ausland

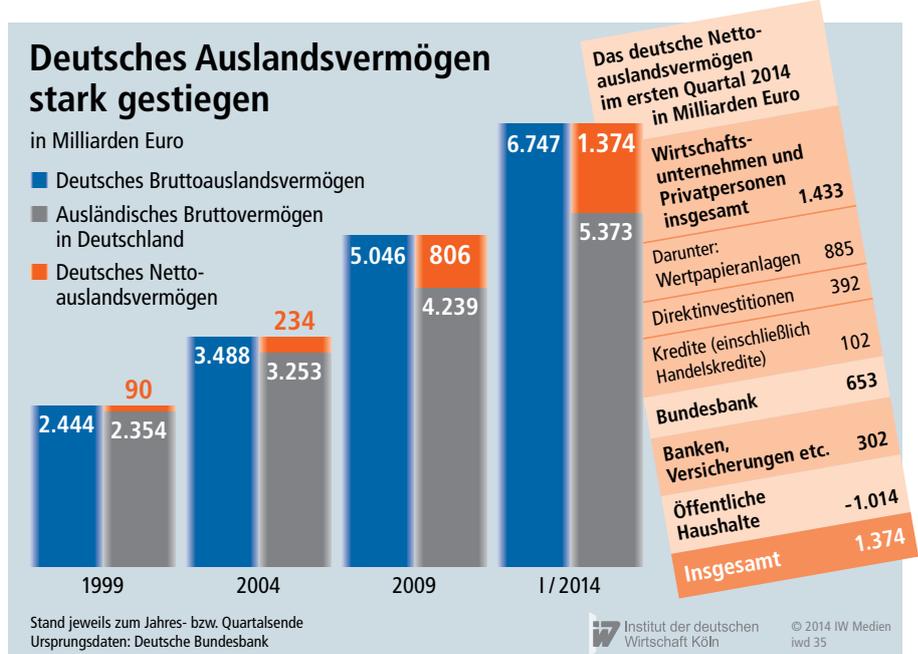
Vermögen. Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Jahre haben auch das Nettoauslandsvermögen Deutschlands wachsen lassen. Kritiker bemängeln nun, das Geld im Ausland sei schlecht angelegt. Sie übersehen dabei aber wichtige Fakten.

Eigentlich ist es eine gute Sache: Die Überschüsse, die Deutschland vor allem im Warenhandel mit anderen Ländern erzielt, bedeuten zugleich einen Vermögensaufbau im Ausland. Damit sorgen die Deutschen für die kommenden Jahre vor, wenn der schrumpfenden Zahl von Erwerbstätigen immer mehr Rentner gegenüberstehen. Wenn die Bundesrepublik dann weniger produziert und exportiert, aber mehr importiert und konsumiert als heute, entstehen Leistungsbilanzdefizite und das im Ausland aufgebaute Vermögen wird sukzessive aufgelöst. Derzeit ist das Polster recht üppig (Grafik):

Anfang 2014 summierte sich das deutsche Nettoauslandsvermögen auf annähernd 1.400 Milliarden Euro – im Jahr 1999 waren es erst 90 Milliarden Euro.

Unternehmen, private Haushalte und Banken haben per saldo sogar fast 2.400 Milliarden Euro im Ausland angelegt. Dem stehen allerdings mehr als 1.000 Milliarden Euro Auslandsschulden des deutschen Staates gegenüber.

Einige Ökonomen behaupten nun, das über die Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftete Auslandsvermögen rentiere sich zu wenig. Deshalb wäre es von vornherein besser, Außenhandelsüberschüsse zu vermeiden.



Als Beleg führen die Wirtschaftswissenschaftler an, dass die aufsummierten Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Jahre deutlich größer gewesen seien als der Zuwachs des Nettoauslandsvermögens.

Die wahren Gründe dafür übersehen die Kritiker jedoch. Das deutsche Nettoauslandsvermögen – der Saldo aus Bruttovermögen im Ausland und ausländischem Bruttovermögen im Inland – ist unter anderem deshalb weniger stark gewachsen, als die Leistungsbilanz nahelegt, weil das hiesige Vermögen der Ausländer an Wert gewonnen hat.

Das liegt zum einen an den Kurssteigerungen deutscher festverzinslicher Wertpapiere. Vor allem deutsche Staatsanleihen galten in den Krisenjahren als sicherer Hafen und wurden stark nachgefragt. Zum anderen hat sich der Deutsche Aktienindex im internationalen Börsenvergleich zuletzt gut entwickelt – und damit auch ausländische Aktienanlagen in Deutschland.

Schließlich hat auch die zwischenzeitliche Euro-Aufwertung gegenüber anderen Währungen das in Euro berechnete Nettoauslandsver-

mögen verringert, weil deutsche Anlagen im Ausland meist in Fremdwährung notiert sind.

Allein die Bewertungs- und Wechselkurseinflüsse haben das deutsche Nettoauslandsvermögen zwischen 2007 und 2013 um mehr als 230 Milliarden Euro verringert.

Hinzu kommen Unterschiede zwischen der statistischen Erfassung der Leistungsbilanz und des Auslandsvermögens, die eine weitere Verringerung des Vermögenszuwachses um 400 Milliarden Euro erklären.

Trotz alledem ist das von den Bundesbürgern im Ausland investierte Geld nach Berechnungen der Bundesbank gut angelegt:

Die Gesamttrendite – einschließlich Wertänderungen – des deutschen Auslandsvermögens lag im Schnitt der Jahre 2005 bis 2013 bei 4 Prozent, während Ausländer mit ihrem Vermögen in Deutschland eine Rendite von 3,8 Prozent erzielten.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland rentierten sich sogar mit 7,2 Prozent – gegenüber 4,9 Prozent, die ausländische Firmen mit ihren Engagements in der Bundesrepublik erwirtschafteten.

Rollen lassen

Lohnpolitik. Die Bundesbank und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fordern höhere Löhne. In der Industrie sind die Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren aber bereits kräftig gestiegen.

Als „sick man of Europe“ – als kranken Mann Europas – bezeichnete die britische Wirtschaftszeitung *The Economist* Deutschland 1999. Die schwache Wirtschaft sei eine Gefahr für den noch jungen Euro.

Heute, 15 Jahre später, zeigt sich ein anderes Bild: Selbst die Bundesbank ermuntert die Gewerkschaften, kräftigere Lohnerhöhungen zu fordern, und das DIW betont, der Verteilungsspielraum in der Industrie werde nicht ausgeschöpft. Die Fakten zeigen aber, dass die Forderungen unbegründet sind (Grafik):

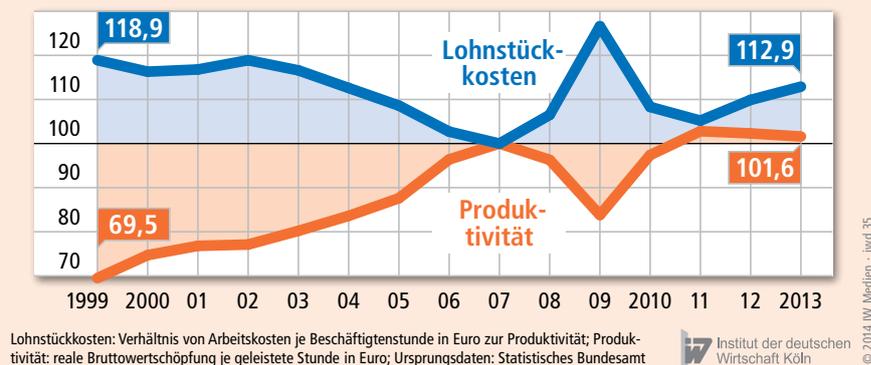
In den vergangenen Jahren sind die industriellen Lohnstückkosten stärker gestiegen als die Produktivität.

Damit hat die Lohnpolitik den Ende der 1990er Jahre eingeleiteten Kurs verlassen:

Adressaufkleber

Lohnstückkosten und Produktivität

im Verarbeitenden Gewerbe, 2007 = 100



Zwischen 1999 und 2003 waren die Lohnstückkosten – also die durchschnittlichen Arbeitskosten je Produktionseinheit – noch annähernd konstant. Aufgrund der seinerzeit stark gestiegenen Arbeitslosigkeit schwenkten die Tarifpartner dann auf den Pfad einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik ein und die Unternehmen strukturierten um. Die Produktivität stieg wieder, während sich die Arbeitskosten nur moderat erhöhten. Die Folge:

Die Lohnstückkosten in der Industrie gingen von 2003 bis 2007 um gut 16 Prozent zurück und Deutschland wurde vom kranken Mann Europas zur Zugmaschine der Eurozone.

Als dann die globale Wirtschaftskrise 2008/2009 die Investoren verunsicherte, traf dies die deutsche Industrie mit ihrem Schwerpunkt auf Investitionsgütern zwar besonders hart. Doch durch ihre wieder erstarkte Wettbewerbsfähigkeit und wegen des sich abzeichnenden Fachkräftemangels konnten die meisten

Firmen die Krise überstehen und dabei auch die überwiegende Zahl der Beschäftigten halten, sodass der Nachfragerückgang auf dem Arbeitsmarkt kaum Spuren hinterließ. Mit der stabilen Beschäftigung brach auch der Konsum nicht ein. Doch das Ganze hatte eine Kehrseite:

Die Lohnstückkosten schnellten von 2007 bis 2009 um fast 27 Prozent nach oben.

Zuletzt lagen sie 13 Prozent höher als im Vorkrisenjahr 2007. Selbst wenn man – wie das DIW – Produktivitätszuwachs und Preiserhöhung einbezieht, ergibt sich für die preisbereinigten Lohnstückkosten noch ein Anstieg von knapp 7 Prozent.

Auch in der DIW-Rechnung wurde der Verteilungsspielraum also in den vergangenen sechs Jahren im Durchschnitt um 1 Prozentpunkt überzogen. Anstatt lohnpolitisch weiter Gas zu geben, ist es an der Zeit, es einfach mal rollen zu lassen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.